

## Vorstosspaket zur Nahrungsmittelkrise

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
A. DRINGLICHE INTERPELLATION 08.3253 SP-FRAKTION. GLOBALE PREISSTEIGERUNGEN BEI NAHRUNGSMITTELN ....	1
B. VORSTOSSPAKET .....	3
1. Motion 08.3278 SP-Fraktion. Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln (Sprecher Carlo Sommaruga).....	3
2. Motion 08.3327 SP-Fraktion. Keine Agrotreibstoffe aus Nahrungsmitteln (Sprecher: Roger Nordmann).....	4
3. Motion 08.3311 Fraktion S. Ernährungssicherheit und Bretton Woods Institutionen (Sprecher: Rudolf Rechsteiner) .....	5
4. Ip. 08.3293 SP-Fraktion S. Verstärkung der ökologischen Agrarforschung und Nutzbarmachung der Resultate (Sprecherin: Hilde Fässler).....	6
5. Interpellation 08.3322 Hans-Jürg Fehr. WTO muss die Ernährungskrise entschärfen.....	7

### A. Dringliche Interpellation 08.3253 SP-Fraktion. Globale Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln

Die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel wie Weizen, Soja, Reis und Mais explodieren. Uno-Organisationen warnen vor sich ausweitenden Hungerkrisen mit dauerhafter sozialer, wirtschaftlicher und politischer Destabilisierung und rufen zum dringlichen Handeln auf. Auch die Schweiz ist gefordert. Ziele unseres Handelns müssen sein: Sichere Ernährung aller Menschen vor Ort und Stopp der Finanzspekulationen mit Nahrungsmitteln. Die SP-Fraktion bittet deshalb den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon fordert finanzielle Soforthilfe: 755 Millionen Dollar für das Welternährungsprogramm (WFP) und 1,7 Milliarden Dollar für die Landwirtschaftsorganisation (FAO). Mit welchem Betrag beteiligt sich die Schweiz? Wird der Bundesrat beantragen, den Plafond des Bundeshaushaltes entsprechend zu erhöhen? Mit welchen weiteren Sofortmassnahmen wirkt der Bundesrat der Hungerkrise entgegen? Wie stellt er sicher, dass die Umsetzung den lokalen Märkten nicht schadet und geschlechtergerecht erfolgt?
2. Die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln werden auf Klimafaktoren, erhöhten Fleischkonsum in Schwellenländern, eine kaufkräftige Nachfrage nach Agrotreibstoffen und spekulative Erwartungen von Anlegern bzw. Banktradern zurückgeführt. Wie gewichtet der Bundesrat diese vier Ursachen und welche Schlussfolgerungen zieht er daraus?
3. Walter Fust (bis 30.4. Deza-Direktor) denkt: „Mehr als die Hälfte ist spekulationsbedingt.“ (NZZ 22.4.2008). Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat auf nationaler und auf internationaler Ebene, um die Spekulationen mittels Finanzvehikeln auf den Nahrungsmittelmärkten zu verbieten?
4. Wie sorgt der Bundesrat dafür, dass die Preissteigerungen nicht vom Handel abgeschöpft werden, sondern in den betroffenen Regionen dazu beitragen, den Bauern und Bäuerinnen ein besseres Einkommen zu ermöglichen und einen zusätzlichen Anreiz zur Erhöhung des Angebots zu geben?

5. Der auch von der Schweiz unterstützte Bericht des Uno-Landwirtschaftsrats IAASTD fordert angesichts von Wasserknappheit, schwindender Artenvielfalt, Bodenerosion, Klimaschwankungen, sinkenden Erträgen und steigenden Preisen eine radikale Neuorientierung der Landwirtschaft und Agrarforschung an ökologischen und sozialen Erfordernissen. Was unternimmt der Bundesrat, damit die IAASTD-Empfehlungen in internationalen Organisationen (UNO, FAO, IWF, OECD etc.) ernst genommen und umgesetzt werden?
6. Wird die Schweiz im Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken darauf hinwirken, dass die Unterstützung der ländlichen Entwicklung verstärkt wird und Strukturanpassungsprogramme in Entwicklungsländern nicht länger auf die Förderung exportorientierter Plantagenwirtschaft zielen, sondern die Nachhaltigkeit und Ernährungssicherheit stärken sowie zur ausreichenden Versorgung mit Wasser beitragen?
7. Wie beeinflussen die Erkenntnisse des IAASTD-Berichts die Politik des Bundesrats in Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit, auf die Schweizer Aussenwirtschaft und auf das Patentrecht? Was gedenkt er insbesondere zu unternehmen, damit das Patentrecht nicht finanzkräftige Agrokonzerne auf Kosten der biologischen Vielfalt, des traditionellen Wissens und der bäuerlichen Rechte in Entwicklungsländern bevorteilt?
8. Wie will der BR das Wissen unserer Forschung und unserer ProduzentInnen bezüglich nachhaltiger Landwirtschaft und unter anderem auch zertifizierter organischer Landwirtschaft den von der Hungerkrise betroffenen Ländern zugänglich machen und durch internationale Zusammenarbeit im Rahmen des internationalen Agrarforschungssystems verstärken?
9. Mit welchen Massnahmen wird der Bundesrat die Situation der Frauen verbessern, die in vielen von Hunger und Armut betroffenen Regionen die Ernährerinnen ihrer Familien und daher von der Krise doppelt betroffen sind?
10. Was kehrt der Bundesrat vor, damit in den Schwerpunktländern der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit das Recht auf Nahrung garantiert und die Ernährungssouveränität dieser Regionen gestärkt wird? Wie wird die Erarbeitung von nationalen und regionalen Politiken zur Ernährungssicherung unterstützt?
11. Wie verändern sich für die Schweiz mit Blick auf die Nahrungsmittelkrise die Szenarien bei den Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen im Agrar- und Nahrungsmittelbereich und bei der Doha-Runde in der WTO?

Diese dringliche Interpellation wurde vom Bundesrat am 6. Juni 2008 beantwortet (siehe [http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20083253](http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20083253) und am 12. Juni 2008 im Nationalrat diskutiert (siehe [http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4804/272700/d\\_n\\_4804\\_272700\\_272701.htm](http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4804/272700/d_n_4804_272700_272701.htm)

Die nachfolgenden Vorstösse sind mit Hilfe der Geschäftsnummer leicht abrufbar (siehe <http://www.parlament.ch>, linke Spalte: Curia vista). Dort werden die Vorstösse schrittweise auch in französischer Sprache veröffentlicht und ca. drei Monate nach Einreichung die Stellungnahme des Bundesrates aufgeschaltet.

## B. Vorstosspaket

### 1. Motion 08.3278 SP-Fraktion. Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln (Sprecher Carlo Sommaruga)

Text: Der Bundesrat wird eingeladen, auf nationaler und internationaler Ebene wirksame Massnahmen gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln zu ergreifen.

Begründung: Die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel wie Weizen, Soja, Reis und Mais explodieren. Uno-Organisationen warnen vor sich ausweitenden Hungerkrisen mit dauerhafter sozialer, wirtschaftlicher und politischer Destabilisierung und rufen zum dringlichen Handeln auf. Auch die Schweiz ist gefordert, ihren Beitrag zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung zu leisten. Dazu gehört ein Stopp der Finanzspekulationen mit Nahrungsmitteln.

Weltbank-Präsident Robert Zoellick schätzt den Anteil der Spekulation an den Preissteigerungen für Nahrungsmittel auf 37 Prozent, Walter Fust, scheidender Direktor der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, denkt gar: «Mehr als die Hälfte ist spekulationsbedingt» (NZZ 22.4.2008). Nach dem Platzen der Immobilienspekulationsblase besteht die Gefahr, dass nun in den Rohwarenmärkten eine spekulative Blase entsteht. Hedge Funds haben sich mit der Finanzkrise von Finanzmärkten in Rohwarenmärkte verlagert und verstärken die Volatilität der Nahrungsmittelpreise. Dies muss wirksam verhindert werden: mit schärferen Transparenz- und Eigenmittelregeln für Hedge Funds und andere Anlagevehikel, Handelslimits an den Terminbörsen für Agrarrohstoffe oder der Einführung einer internationalen Steuer auf kurzfristigen Spekulationsgeschäften mit landwirtschaftlichen Rohstoffen, wie dies der österreichische Landwirtschaftsminister Josef Pröll vor der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD-16) vorgeschlagen hat. «Es muss der Grundsatz gelten, dass Lebensmittel nicht zum Gegenstand von Spekulationen werden», erklärte Pröll. Diese und die von Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon vorgeschlagenen Massnahmen gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln verdienen die Unterstützung der Schweiz.

Es ist nicht akzeptierbar, dass die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln überwiegend vom Handel abgeschöpft werden. Cargill, der grösste Getreidehändler der Welt, hat seine Gewinne für die Monate Januar bis März im Vergleich zum selben Zeitraum im letzten Jahr um 86% steigern können, während die Produzenten weitgehend leer ausgehen. Ziel muss aber sein, dass die höheren Preise den Produzenten gutgeschrieben werden und den Bauern und Bäuerinnen in den Hungerregionen einen zusätzlichen Anreiz zur Erhöhung des Angebots und der Nachhaltigkeit geben, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln quantitativ und qualitativ zu verbessern.

## 2. Motion 08.3327 SP-Fraktion. Keine Agrotreibstoffe aus Nahrungsmitteln (Sprecher: Roger Nordmann)

Text: Der Bundesrat wird aufgefordert, die Ausführungserlasse zum Mineralölsteuergesetz (MinöStG; Änderung vom 23. März 2007) so auszugestalten und auf internationaler Ebene derartige aussenpolitische Initiativen zu ergreifen,

- damit die Herstellung von Agrotreibstoffen aus Nahrungsmitteln wie Palmöl, Soja, Getreide, Raps und Zuckerrüben weltweit verboten wird;
- damit Beihilfen (Subventionen, Steuer- und Zollbefreiungen etc.) für Agrotreibstoffen untersagt werden, deren Produktion nicht unter Wahrung hoher Umwelt- und Sozialstandards erfolgt und in Konkurrenz zur Produktion von Nahrungsmitteln oder zur nachhaltigen Nutzung von Wäldern steht;
- damit verbindliche Umwelt- und Sozialstandards definiert und international anerkannte Labels für Treibstoffe aus erneuerbaren Rohstoffen geschaffen werden, die nicht aus Nahrungsmitteln gewonnen werden. Bei den sozialen Standards sind zumindest die Kernübereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sowie die nationalen Gesetze verbindlich einzuhalten.

Begründung: Gemäss Mineralölsteuergesetz können „Treibstoffe aus erneuerbaren Energien“ nur dann steuerbefreit werden, wenn der „Nachweis einer positiven ökologischen Gesamtbilanz“ erbracht wird und „sozial annehmbare Produktionsbedingungen“ beachtet werden (Art. 12b, Abs. 3b). Der Bundesrat hat diese Bedingungen mit Änderung der Mineralölsteuerverordnung am 30. Januar 2008 konkretisiert und diese per 1. Juli 2008 in Kraft gesetzt. Angesichts der Preisexplosion für Weizen, Soja, Reis, Mais und weitere Grundnahrungsmittel auf den Weltmärkten und der sich in zahlreichen Staaten verschärfenden Ernährungskrise müssen diese Bedingungen konsequent umgesetzt und wo falls nötig weiter verschärft werden. In jedem Fall muss das Menschenrecht auf Nahrung der Produktion von Agrotreibstoffen vorgehen.

Der Bundesrat ist aufgefordert, diese Grundsätze auch aussenpolitisch weiterhin offensiv zu vertreten, obschon die Schweiz an der Römer Gipfelkonferenz der Uno-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) über die Nahrungsmittelkrise, die vom 3.-5. Juni 2008 in Rom stattfand, mit ihren Forderungen betreffend Agrotreibstoffe vorerst keine Mehrheit fand. Wer für eine lokale, nachhaltige und multifunktionale Landwirtschaft eintritt, kann nicht Milliardensubventionen in die Produktion von Agrotreibstoffen pumpen. Wie auch die EMPA-Studie „Ökobilanz von Energieprodukten – Ökologische Bewertung von Biotreibstoffen“ zeigt, belastet der Anbau von erneuerbaren Rohstoffen auch die Umwelt in vielfältiger Weise, namentlich als Folge von Land- und Wasserbedarf sowie der Belastung des Bodens und des Wassers mit Schadstoffen.

Besondere Bedeutung kommt auch der konsequenten Umsetzung von Art. 19d der Mineralölsteuerverordnung zu, dass beim Anbau der Rohstoffe und bei der Produktion der Agrotreibstoffe die am Produktionsstandort anwendbare soziale Gesetzgebung, zumindest aber die Kernübereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation (IAO) eingehalten werden müssen. Auch hier ist der Bundesrat aufgefordert, am Aufbau entsprechender Label und den unverzichtbaren Zertifizierungsstellen mitzuwirken, damit diese Standards auf globaler Ebene konsequent umgesetzt werden können.

### **3. Motion 08.3311 Fraktion S. Ernährungssicherheit und Bretton Woods Institutionen (Sprecher: Rudolf Rechsteiner)**

Text: Der Bundesrat wird eingeladen, im Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken darauf hinzuwirken, dass die Unterstützung der ländlichen Entwicklung verstärkt wird, und dabei die nachhaltige Boden- und Wassernutzung und die Ernährungssicherheit höher gewichtet werden als die Förderung von Landwirtschaftsexporten.

Begründung: Die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel wie Weizen, Soja, Reis und Mais sind sprunghaft angestiegen. Uno-Organisationen warnen vor sich ausweitenden Hungerkrisen mit dauerhafter sozialer, wirtschaftlicher und politischer Destabilisierung und rufen zum dringlichen Handeln auf. Betroffen sind auch viele Länder, die sich in früheren Jahren hatten Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank unterziehen müssen, die vorab auf die Förderung exportorientierter Plantagenwirtschaft zielten, statt die Nachhaltigkeit und Ernährungssicherheit zu stärken. Wie auch der neue IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn jüngst selbstkritisch betonte, hat sich diese Strategie als falsch erwiesen. Vielmehr müssen die Bretton Woods Institutionen und die Entwicklungsbanken vorab sozial und ökologisch nachhaltige Produktionsweisen und die ländliche Entwicklung fördern, die Ernährungssicherheit verbessern und die Versorgung mit Wasser sicherstellen. Die Schweiz ist aufgefordert, ihren Einfluss im Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken geltend zu machen und darauf hinzuwirken, damit die Ankündigung einer grundsätzlichen Neuausrichtung tatsächlich umgesetzt wird.

#### **4. Ip. 08.3293 SP-Fraktion S. Verstärkung der ökologischen Agrarforschung und Nutzbar- machung der Resultate (Sprecherin: Hilde Fässler)**

Der aktuelle Bericht des Uno-Landwirtschaftsrats (IAASTD-Bericht) fordert angesichts von Wasserknappheit, schwindender Artenvielfalt, Bodenerosion, Klimaschwankungen, sinkenden Erträgen und steigenden Preisen eine radikale Neuorientierung der Landwirtschaft und der Agrarforschung. Hunger und Armut können weltweit nur mit einer Landwirtschaft bekämpft werden, die sich an hohen ökologischen Standards orientiert. Damit diese Neuorientierung geschehen kann, brauchen die Bäuerinnen und Bauern vor Ort entsprechendes Wissen und Können.

Die Schweiz besitzt schon viel Wissen und Erfahrung in der praktischen Umsetzung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft. Sie besitzt mit dem FiBL ein weltweit anerkanntes Forschungsinstitut für den biologischen Landbau.

Ich bitte den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Sieht er vor, gemäss den Forderungen des IAASTD-Berichts, die Agrarforschung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft massiv aufzustoeken?
2. Sieht er vor, sich vermehrt an internationalen Forschungsprogrammen für eine nachhaltige Landwirtschaft zu beteiligen?
3. Welche konkreten Massnahmen sieht er vor, um den Bauern und Bäuerinnen in den von Hunger und Armut bedrohten Ländern unser Wissen und unsere praktische Erfahrung mit dem ökologischen Landbau zugänglich zu machen (Informationskampagnen, Schulung vor Ort, Praktika in der Schweiz, Förderprogramme für Frauen, usw.)?
4. Wie will er das Schweizer Engagement in der CGIAR (Consultative Group on International Agricultural Research) verstärken? Mit welchen Schritten will er in diesem Gremium insbesondere auf eine Neuausrichtung im Sinne des IAASTD-Berichts hinwirken?
5. Teilt er die Ansicht, dass mit diesen Aktivitäten ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Milleniumsziele geleistet werden kann?

## 5. Interpellation 08.3322 Hans-Jürg Fehr. WTO muss die Ernährungskrise entschärfen

Die markanten Preissteigerungen auf Nahrungsmitteln haben die Versorgungslage in vielen Entwicklungsländern dramatisch verschlechtert. Das wirft ein Licht auf tiefer liegende Zusammenhänge wie die zunehmende Verdrängung einheimischer landwirtschaftlicher Produktion durch Billigst-Importe aus den Industrie- und Schwellenländern. Diese wiederum verdanken ihre Tiefstpreise Exportsubventionen. Die WTO hat sich gemäss ihrer Präambel zum Ziel gesetzt, die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ich frage den Bundesrat:

Die markanten Preissteigerungen auf Nahrungsmitteln haben die Versorgungslage in vielen Entwicklungsländern dramatisch verschlechtert. Das wirft ein Licht auf tiefer liegende Zusammenhänge wie die zunehmende Verdrängung einheimischer landwirtschaftlicher Produktion durch Billigst-Importe aus den Industrie- und Schwellenländern. Diese wiederum verdanken ihre Tiefstpreise Exportsubventionen. Die WTO hat sich gemäss ihrer Präambel zum Ziel gesetzt, die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ich frage den Bundesrat:

1. Ein zentrales Element bei der Beseitigung der Ernährungskrise ist der Aufbau von nachhaltiger landwirtschaftlicher Produktion in den Entwicklungsländern. Welches sind die Schlussfolgerungen internationaler Studien betreffend Marktliberalisierung und Landwirtschaft in Entwicklungsländern? Sieht der Bundesrat die höheren Preise auf den Weltmärkten als Bedrohung oder als Chance für eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern?
2. Will sich der Bundesrat bei der WTO und bei Weltbank/IWF dafür einsetzen, dass die Entwicklungsländer mehr Spielraum erhalten, um den eigenen Markt vor Billigimporten und Preisvolatilitäten zu schützen?
3. Unterstützt der Bundesrat im Rahmen der WTO-Verhandlungen das Verbot oder zumindest den massiven Abbau von Exportsubventionen für Nahrungsmittel?
4. Hat die Ernährungskrise dieser zentralen Forderung der Entwicklungsländer Schub verliehen oder baut sie ein neues Hindernis auf?
5. Ist der Bundesrat bereit, nachhaltig hergestellten Produkten aus Entwicklungsländern einen besseren Marktzugang in der Schweiz zu verschaffen und wenn ja, mit welchen Massnahmen will er das tun? Will er sich dafür auch bei der WTO einsetzen?
6. Ist der Bundesrat bereit, sich bei der WTO dafür einzusetzen, dass die von den zuständigen internationalen Institutionen entwickelten gute Landwirtschaftspraktiken („good agricultural practices“) respektiert werden müssen bzw. dass das Agrarabkommen nur den Marktzugang von Produkten liberalisieren soll, welche gemäss diesen Praktiken hergestellt worden sind?
7. Der Abbau von Handelsschranken allein wird zumindest in einer Übergangszeit nicht genügen, um die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern zu verbessern. Ist der Bundesrat im Rahmen der WTO-Verhandlungen bereit, andere zielführende Politiken wie etwa die Garantie eines gewissen Grades an Selbstversorgung zu unterstützen beziehungsweise solche vorzuschlagen?